

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 64 (1984)  
**Heft:** 5

**Rubrik:** Blickpunkte

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 01.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Widerstandsfähiges Parteiensystem

Die Parteien haben im wahrsten Sinn des Wortes keine gute Presse. Sie dienen gewissermassen stellvertretend für Mängel unseres politischen Systems immer wieder als Prügelknaben der öffentlichen Kritik, sei es in entsprechenden Mediengefässen oder an Stammtischen. Für viele verkörpern sie die entscheidenden Hemmschuhe einer progressiveren Politik, was immer das heissen mag. Andere wiederum sehen in ihnen blosser Vehikel von Sonderinteressen oder individuellen Karriereplanungen, in deren Rahmen kaum Platz sei für wirklich zukunftsweisende Arbeit grundsätzlicher Art.

Diesen weitverbreiteten Pauschalurteilen steht allerdings im politischen Alltag ein mehr oder weniger permanentes Plebiszit *für* die Parteien gegenüber. Zwar treten immer wieder neue politische Bewegungen auf den Plan, die den Anspruch erheben, näher am Puls des Volkes und der Zeit zu sein und nicht zum Parteiensystem traditioneller Art zu gehören. In den dreissiger Jahren gab es ein breites Spektrum solcher «Erneuerungsbewegungen»; Ende der sechziger Jahre wurde das Überfremdungsproblem zur Leitschiene einer Ad-hoc-Gruppierung; und seit Mitte der siebziger Jahre sind nun die «Grünen» in Mode gekommen.

Doch wenn nicht alles täuscht, wird

auch diese «Welle» keine neue Epoche in der Parteiengeschichte einleiten, und zwar vor allem deshalb, weil sich das angestammte Parteiensystem mittelfristig eben doch immer wieder über mehr Vertrauenskapital ausweist, als gemeinhin angenommen wird. Dies hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, dass die Parteien selbst hierzulande nicht übermässig dogmatisch sind, sondern sich ernstlich bemühen, neuen Problemen und Strömungen in kritischer Offenheit zu begegnen. Nur so ist es zum Beispiel zu erklären, dass die «grüne Welle» im vergangenen Herbst lediglich vier erklärte Vertreter solcher Gruppierungen nach Bern gespült hat: Rund drei Dutzend weitere potentielle «Grüne» wurden nämlich auf den Listen der traditionellen Parteien in die Berner Ratsessel gehoben, weil diese rechtzeitig geschaltet und bei der personellen Bestückung ihrer Listen entsprechend disponiert hatten.

Es ist durchaus verständlich, dass diese erstaunliche Resistenz unseres Parteiensystems all jenen am Nerv zehrt, die von «grossen Würfeln» und periodischen «Umwertungen aller Werte» in der Politik träumen. Unsere parteipolitische Landschaft mit ihrer ausgefeilten Konsens- und Konkordanztechnik hat per Saldo zweifellos einen eher konservierenden oder doch stabilisierenden Grundzug. Es braucht vielfach mehrere Anläufe, bis tiefer-

greifende Änderungen im mehrstufigen Entscheidungsprozess eine tragfähige Basis finden. Das ist übrigens auch für die Exponenten des politischen «Establishments» nicht immer reines Honiglecken. Doch darf diese Schwerblütigkeit des Systems nicht an utopischen Modellen aus politologischen Sandkästen moderner Gesellschaftswissenschaftler gemessen werden. Sie ist vielmehr mit der Realität konkreter Alternativen zu konfrontieren. Dabei brauchen wir gar nicht erst die tragischen Erfahrungen der «Überwindung» von demokratischen Parteiensystemen durch letztlich totalitäre «Einparteien»-Regime heraufzubeschwören. Es genügt – um zwei aktuelle Beispiele aus der politischen Gegenwart zu zitieren – ein Blick nach Frankreich oder Israel. In beiden Ländern gibt es zwar eine Vielfalt von parteilichen Gruppierungen. Sie sind aber im einzelnen, von den Kommunisten einmal abgesehen, für den Ausserstehenden nur mit Schwierigkeiten zu identifizieren und werden auch von den aktiven Protagonisten der Landespolitik im Grunde nicht ganz «für voll» genommen.

In beiden Ländern gibt es nämlich das für schweizerische Augen fast unverständliche Phänomen, dass prominente Politiker ihrer angestammten Parteibasis mit grösster Selbstverständlichkeit den Rücken kehren und bei Neuwahlen – wie gegenwärtig in Israel – entweder als Einzelkämpfer oder an der Spitze neuer Wählerorganisationen in die Arena steigen, um nach geschlagener Schlacht ihr Potential in die am günstigsten erscheinende Koalitionsvariante einzubringen. In Frankreich wird dieses Spiel gegenwärtig vom früheren Ministerpräsi-

denten Raymond Barre mit hoher Kunstfertigkeit gespielt. Er baut sich in staatsmännischer Positur als *der* Kritiker Mitterrands auf und bringt es dabei fertig, sich vorläufig *zwischen* sämtlichen Fronten der früheren Koalitionsparteien und auch in der nötigen Distanz zu ehemaligen «Parteifreunden» zu halten, die ebenfalls versuchen, möglichst günstige Ausgangspositionen für die nächste Präsidentschaftswahl zu beziehen.

Die Erklärung für diesen Sachverhalt kann nur in der chronischen Instabilität des jeweiligen Parteiensystems liegen. Und diese wiederum ist der Ausfluss eines extrem niedrigen Stellenwerts der Parteien im öffentlichen Bewusstsein. Dass dies in Israel, dieser gärenden, aus über zwei Dutzend ethnischen Gruppen zusammengewürfelten, von ständigen aussenpolitischen und wirtschaftlichen Krisen geschüttelten Schicksalsnation so ist, hat sicherlich seine objektiven Gründe.

In Frankreich hingegen ist diese Konstellation offensichtlich zumindest teilweise eine Konsequenz des Geistes, in dem die Fünfte Republik begründet war. De Gaulle hat nie, auch nicht als Staatspräsident, ein Hehl aus seiner abgründigen Verachtung für das Parteienwesen gemacht. Und seine Nachfolger haben nichts unternommen, um dessen Stellenwert wieder auf jenes Niveau zu bringen, das die Voraussetzung für ein einigermaßen funktionsfähiges parlamentarisches System bildet. Barre verhält sich also gewissermassen systemkonform: Indem er sich aus dem Gerangel der Parteien heraushält, hebt er sich gleichzeitig in sozusagen präsidialer Manier über sie und trifft sich damit vermutlich mit dem unterschwelligem Empfinden der

«schweigenden Mehrheit», die sich keinen Deut um Rolle und Schicksal der Parteien kümmert.

Man ist versucht zu sagen: Die politischen Verhältnisse sind in den beiden Ländern auch entsprechend unbefriedigend. Es fehlt das Transmissions-system zwischen Bürgerschaft und Staatsführung, wie es hierzulande bei allen Unzulänglichkeiten des politischen Alltags durch die Parteien ver-

körpert wird. Ihre Klammerfunktion, die nicht nur in der direkten Kommunikation besteht, sondern zum Beispiel auch die mittel- und langfristige Kaderauslese einschliesst, erscheint auf dem Hintergrund der allgemeinen Erfahrung in westlichen Demokratien als fast unersetzlich. Grund genug, um zu diesem Parteiensystem allseits Sorge zu tragen!

*Richard Reich*

## Unter Ausschluss der Öffentlichkeit?

Es gibt in Helvetien bisweilen wunder-same Dinge. Eines davon besteht darin, dass die der wirtschaftspoliti-schen Meinungsbildung zugrunde lie-gende Philosophie einerseits darauf gerichtet ist, ein möglichst breites Meinungsspektrum in das Verfahren einzubeziehen, also den Meinungs-wettbewerb im Meinungsbildungsver-fahren zu institutionalisieren. Dies in der Absicht, das Grundprinzip der schweizerischen Wirtschaft, die Wett-bewerbsordnung, auch auf dem Felde der Willensbildung zur Anwendung zu bringen. Und damit gleichzeitig die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Wirtschaftspolitik eine mög-lichst breite Akzeptanz zu gewinnen vermag. Sie ist unter solchen Bedin-gungen leichter durchsetzbar.

Diesem Prinzip steht nun aber an-dererseits die *Praxis* gegenüber, die da-für sorgt, dass die vorbereitenden Ar-beiten in den Kommissionen unter Ausschluss der Öffentlichkeit geleistet werden und Berichte der Verwaltung erst dann ein breiteres Publikum errei-

chen, wenn sie in den Kommissionen durchdiskutiert worden sind. Die Ge-heimhaltungspflicht schlägt hier merk-würdige Kapriolen. Zwei Beispiele aus der jüngeren Geschichte sollen diese Beobachtung belegen.

Eine «Expertenkommission» bear-beitet momentan den Entwurf zu einem Preisüberwachungsgesetz. Ob-wohl bekannt ist, dass in dieser Kom-mission einiges schief läuft – osmoti-sche Informationswirkungen sind alle-mal zu registrieren –, ist es weder den Insidern noch den eingeweihten Out-sidern möglich, die Öffentlichkeit vom Gang der Diskussionen zu unterrich-ten, also die Auseinandersetzung auf eine breitere Grundlage zu stellen. Wer dies unternähme, würde sich der Verletzung der Geheimhaltungspflicht schuldig machen. Er müsste mit der Verstopfung seiner Informationsquel-len und allerlei ärgerlichen Reaktio-nen rechnen. Und dies alles, obwohl absolut kein Grund zu finden ist, wes-halb in einer Materie wie der Preis-überwachung eine legitime staatliche

Geheimhaltung enthalten sein sollte. Die rigorose Schweigepflicht ist nicht zu rechtfertigen und damit sinnlos.

Das vom Bundesrat verfolgte Projekt einer staatlichen Innovationsrisikogarantie befindet sich bekanntlich im Spannungsfeld heftiger Meinungsdifferenzen. Die ständerätliche Kommission verlangte vom zuständigen Departement Ergänzungs- und Zusatzberichte. Auch diese wurden wie rohe Eier behandelt, als ob es sich um eine Angelegenheit handle, die die Existenz des Landes in Mitleidenschaft ziehen könnte.

Die wirtschaftspolitische Meinungs-

bildung sollte ein *offener* und transparenter Prozess sein. Geheimnistuerei hat hier keinen Platz. Nur auf diese Weise wird sie ihrem Grundprinzip gerecht und gleichzeitig vermieden, dass sich wirtschaftsfeindliche Kreise ständig darauf berufen können, es seien «dunkle Kräfte» am Werk, die im Nebel der Geheimhaltung verwerfliche Manipulation betreiben. Wirtschaftspolitische Entscheide sollten auch für den Aussenstehenden nachvollziehbar sein. Was spricht dagegen?

Willy Linder

## Konsens und Konvergenz

Wer die Unterschiede zwischen dem späten Carter – nach der Invasion Afghanistans – und Ronald Reagan sucht, könnte Mühe haben, sie zu definieren. Wer sich fragt, was eigentlich Bundeskanzler Kohl so sehr anders macht als Bundeskanzler Schmidt, wäre in der gleichen Verlegenheit. Wer die Reden des Präsidenten Mitterrand mit den Beanstandungen der Opposition vergleicht, findet wiederum etliche Gemeinsamkeiten – und es geht nicht nur um Reden, sondern um Weichenstellungen, um Einsichten, Korrekturen, die den Vorstellungen der bürgerlichen Parteien näher sind als den 110 Punkten jenes Programms, das bei den Präsidenten- und Parlamentswahlen als *Vademecum* galt.

Es wäre ein Irrtum daraus zu schliessen, dass in Demokratien die «Sachzwänge» über jeden Ansatz einer Systemveränderung siegen und auch

Sozialisten schliesslich bürgerlich regieren und wirtschaften müssen. Denn die Umkehrung stimmt ebenfalls.

Der Sozialstaat, der einen wachsenden Teil des Volkseinkommens verwaltet, behält eine sozialdemokratische Prägung, auch unter der Herrschaft bürgerlicher Parteien. Politiker der Rechten, die den Abbau der «Auswüchse» der Staatsaufgaben und -ausgaben fordern und verheissen, sind in der Praxis sehr zurückhaltend und vermeiden einschneidende Änderungen. Geringere Abstufung zwischen den Salären, höhere Sozialrenten haben in Frankreich die Entwicklung unter Präsident Giscard d'Estaing in solchem Mass gekennzeichnet, dass von einer im Grund sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik gesprochen werden konnte – weshalb dann den siegreichen Sozialisten nur noch übrig blieb, die «Belastbarkeit der Wirt-

schaft» zu erproben und weit zu überschätzen.

In jener Mischung von Markt und staatlichen Verfügungen, die alle nichtkommunistischen modernen Staaten kennzeichnet – sowohl «Kapitalismus» wie «Marktwirtschaft» sind idealtypische Bezeichnungen von fragwürdiger Relevanz –, kommt es zu Verlagerungen, selten zu wirklicher Umgestaltung.

In vielen Fragen der Politik, insbesondere der Aussenpolitik, kann es Konvergenz ohne Konsens geben – je weniger er sachlich begründet ist, desto schärfer und personalisierter wird dann der Streit –, aber auch Konvergenz mit Konsens.

Für beides bietet die Bundesrepublik das Beispiel. Noch 1949 gab es in Bonn eine tiefe Kluft zwischen Adenauer und dem Sozialisten Schumacher. Wenige Jahre danach war sie beinahe verschwunden. Bei den jüngsten Wahlen schien zwischen der nach links abgedrifteten Sozialdemokratie, die die Wähler der Grünen und Alternativen zu gewinnen hoffte, und den Wählern der CDU und der gewendeten FDP eine schier noch grössere Kluft. Die CDU sei «nicht friedensfähig», die Sozialdemokraten seien die «nützlichen Idioten» der Sowjetmacht.

Dass sich bis dahin in Westpolitik, Ostpolitik, Mitbestimmung stets ein Konsens herausgebildet hatte, schien vergessen. Doch ist heute die Politik gegenüber der DDR kein Streitobjekt mehr, und für die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt die Opposition keinen Gegenkandidaten. Nicht, weil der keine Aussicht auf Erfolg hätte, sondern weil die Sozialdemokraten den bisherigen Regierenden Bürger-

meister von Berlin, Richard von Weizsäcker, als Persönlichkeit schätzten. Die Schärfe der Angriffe aus der CSU gegen die FDP – Partner in einer Regierung – übertrifft an Schärfe den Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition.

Der Konsens, die mit ihm nicht unbedingt identische Konvergenz – beides gehört zur Demokratie, die nicht allein aus Misstrauen und Kampf lebt, obgleich sie auch das braucht. Doch ist die sich faktisch durchsetzende, anerkannte oder abgeleugnete Gemeinsamkeit nicht nur durch die «Sachzwänge» und zunehmende Einsicht in die Gegebenheiten zu erklären.

Es gibt da auch einen weniger positiv zu wertenden Trend, nämlich das Kapitulieren aller an die Macht gelangenden Parteien vor gewissen starken Interessengruppen. Unter diesen sind für Frankreich und für die Bundesrepublik Deutschland – nicht für die USA – die Beamten zu nennen, die auch in den Parlamenten immer zahlreicher vertreten sind. So ist die Gemeinsamkeit auch eine der Tabus, an die keiner zu rühren wagt.

Wenn es aber die neuerdings in Amerika deutliche, bewusste «europäische Dekadenz» gibt, ein Zurückfallen in der Technologie, eine geringe Fähigkeit, verurteilte alte Industrien durch neue zu ersetzen und Arbeitsplätze zu schaffen, so geht es darum, diesen Abstand aufzuholen, um neue Probleme und neue Perspektiven. Ihnen wird ein Konsens der Bequemlichkeit und Konfliktvermeidung ebensowenig gerecht wie Schattengefechte ohne Substanz.

*François Bondy*